



Perspektiven der Erinnerungskultur in Europa

Deutsch-ungarische Expertentagung am Donnerstag, den 25. April 2013

– Tagungsbericht –

Patrick Jajko, M.A.

Die deutsch-ungarische Expertentagung wurde am Donnerstag, dem 25. April 2013 an der Andrassy Universität Budapest in Zusammenarbeit mit dem Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest abgehalten. Die Tagung wurde von PD Dr. Hendrik Hansen, Inhaber der Professur für Politikwissenschaft II an der Andrassy Universität Budapest und Dekan der Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften, und Prof. Dr. Manfred Wilke, ehemaliger Lehrstuhlinhaber für Soziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin sowie bis 2005 einer der Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin, gemeinsam mit der Adenauer-Stiftung organisiert. Im Rahmen von vier Panels zielte die Konferenz darauf ab, den europäischen Austausch über die Aufarbeitung der nationalsozialistischen und kommunistischen Vergangenheit zu verstärken und gleichzeitig für eine Differenzierung bezüglich der bisherigen Wahrnehmungspole „Täter“ und „Opfer“ einzutreten und die Prägung der Mehrheitsgesellschaft durch die Diktaturerfahrung stärker zu fokussieren. Zu Beginn der Tagung wurde über den unterschiedlichen Stellenwert der beiden Diktaturformen im Erinnerungsprozess gesprochen, um davon ausgehend in den anschließenden Panels vertiefend auf die jeweiligen Einzeldiskurse zu Nationalsozialismus und Kommunismus einzugehen. Abschließend sprachen deutsche und ungarische Verantwortliche über die jeweiligen Erfahrungen bei Erinnerungs- und Gedenkprozessen.

Die Tagung wurde von Dr. Hendrik Hansen als Vertreter der AUB und Herrn Frank Spengler, Leiter des Budapester Büros der Konrad Adenauer Stiftung, eröffnet. Anlass für die Tagung, so Hansen, ist die Feststellung, dass die Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit bislang zu sehr als nationale und nicht als europäische Aufgabe gesehen wird; der nationale Fokus sei aber zu eng, weil nicht nur viele europäische Staaten unter dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus gelitten haben, sondern es in fast allen europäischen Staaten begeisterte Anhänger beider Ideologien gab; die Auseinandersetzung müsse also in stärkerem Maße eine europäische Dimension bekommen. Herr Spengler wies in seiner Begrüßungsrede darauf hin, dass die Auseinandersetzung mit der Diktaturerfahrung eines der zentralen Themen der Adenauer Stiftung sei und das Budapester Büro der Stiftung regelmäßig Veranstaltungen zu diesem Thema organisiert. Die Aufarbeitung der Vergangenheit spiele eine zentrale Rolle für die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Hansen und Spengler wiesen beide in ihrer Begrüßung auf die Bedeutung der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen der AUB und der KAS für ihre Institutionen hin.

Das **erste Panel** beschäftigte sich mit dem „Vergleich des Stellenwertes von Nationalsozialismus und Kommunismus in der deutschen und ungarischen Erinnerungskultur“ und wurde von Prof. Dr. Wilke moderiert. Zu Beginn referierte Prof. Dr. Veen über das Verhältnis der beiden Diktaturen beim Gedenken in der Bundesrepublik Deutschland und wies dabei auf die Unterschiede der organisierten Erinnerungspraxis zwischen den beiden Diktaturerfahrungen hin. Während in Bezug auf den Nationalsozialismus eine sehr differenzierte Praxis besteht, beschränken sich Projekte mit Bezug auf die DDR zumeist auf das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Das Weiterwirken der SED in Form von PDS und Die Linke, das differenzierte DDR-Bild in Westdeutschland, das Wirken der SPD gegenüber der SED gegen Ende der 1980er Jahre oder die Natur der rechtlichen Aufarbeitung der Straftaten von DDR-Funktionären nach der Wende seien Ursachen für die vorhandenen Unterschiede. So gibt es in der Bundesrepublik Deutschland heute zwar einen antifaschistischen Grundkonsens, jedoch keinen antitotalitären Grundkonsens. Die Diskussion zeigte vor allem, dass bei einem Vergleich der Erinnerungskulturen zu berücksichtigen ist, dass die Aufarbeitung der DDR sofort nach ihrem Ende begann, jedoch der Nationalsozialismus nach seinem Ende mehrere Jahrzehnte nur unzureichend thematisiert wurde.

Im Anschluss daran referierte Dr. Krisztián Ungváry am Beispiel des „Terror Háza Múzeum“ („Haus des Terrors“) die Problematik der vergleichenden Betrachtung von Kommunismus und dem ungarischen Pendant des Nationalsozialismus. Darin hinterfragte er die Täter-Opfer-Dichotomie. Exemplarisch wählte er einzelne Elemente der Ausstellung im „Haus des Terrors“ und versuchte für eine stärkere Differenzierung zwischen Tätern und Opfern zu werben, ohne dabei Schuld zu relativieren. Vielmehr stellte er anhand von verschiedenen Beispielen dar, dass eine einfache Zuschreibung nur selten möglich ist. So zeige sich bei den ausgewählten Fällen, dass sie zwar Opfer des Kommunismus waren, jedoch würde in der Darstellung ihr (Täter-) Handeln während der rechten Diktatur in Ungarn nicht berücksichtigt. Kritisiert für seine auf das Terrorhaus beschränkte Darstellung ergänzte der Dr. Ungváry seine Erklärungen in der Diskussion um die Erfahrung der Räterepublik und den Vertrag von Trianon. Außerdem wurde von den Experten darauf hingewiesen, dass es bei der Behandlung mit den Akteuren des Widerstands während des Nationalsozialismus auch eine Spannung zwischen den Wahrnehmungspolen „Täter“ und „Opfer“ besteht. Damit wurde ein weiteres Mal der hohe Stellenwert von Differenzierung im Umgang mit „Tätern“ und „Opfern“ deutlich.

Das letzte Impulsreferat des Panels hielt PD Dr. Hansen. Er referierte grundsätzliche Fragen des Vergleiches der hinter Nationalsozialismus und Kommunismus stehenden Ideologien. Zuerst stellte er knapp heraus, warum ein Vergleich von Kommunismus und Nationalsozialismus möglich ist. In einem zweiten ausführlicheren Teil legte er dar, warum in Bezug auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Vergleich lohnt, um so die Frage beantworten zu können, „Warum Menschen voller Überzeugung solche ungeheuerlichen Verbrechen begehen?“. Er schloss mit der Feststellung, dass pluralistische Freiheit und Rechtsstaat die gemeinsamen Feinde aller totalitären Ideologien bilden. Europa täte gut daran, sich in einer gemeinsamen Aufarbeitung der Diktaturerfahrungen eine weitere einende Klammer zu schaffen.

Das **zweite Panel**, „Die Erinnerung an Nationalsozialismus und Faschismus“, wurde von Hans Kaiser, Minister a.D., geleitet. In einigen ersten Sätzen wies er darauf hin, wie bedeutend Erinnerung und Weitergabe von Erinnerung sind. Dr. März schloss sich daran an. In seinem Referat ging er sehr ausführlich auf die Entwicklungen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland ein. Nach einer Begriffsabgrenzung von Nationalsozialismus und Faschismus schilderte Dr. März die Entwicklungsschritte der geschichtswissenschaftlichen NS-Auseinandersetzung in Deutschland. Er zeigte auf, dass über die Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in der Weimarer Republik und zeitgleich entstandenen Apologien auch Zeitzeugen früh bedeutend waren. Nachdem dann ab den späten 1970er Jahren der Holocaust verstärkt Eingang in die Wissenschaft fand, wurden Entscheidungsabläufe und das Handeln verschiedener Institutionen hinterfragt. Prominent erwähnt wurde die viel kritisierte Studie „Das Amt“ sowie die jüngsten Arbeiten zur Wehrmacht von Sönke Neitzel und Harald Wetzler. Ergänzt wurden diese Überlegungen mit Gedanken zu einer in Europa entstandenen Vergleichsdebatte zwischen West und Ost. Innerhalb Deutschlands sah Dr. März einen „Gedenkwettbewerb“ um finanzielle Mittel, der bis hin zu einem „Opferproporz“ in der Denkmallandschaft führe. Grundsätzlich betonte er die Bedeutung von Kontextualisierungen.

In der Diskussion wurden vor allem Forschungslücken diskutiert. Die Analyse des Verhaltens von Menschen außerhalb des politischen Systems während des Nationalsozialismus sei noch nicht ausreichend betrachtet worden. Darüber hinaus wurde die Wirkung der deutschen Gedenkstätten und Informationszentren im Ausland betont.

In **Panel drei** moderierte PD Dr. Hendrik Hansen das Gespräch über die „Erinnerung an den Kommunismus“. Prof. Dr. Klausmeier referierte vor allem über das Gedenken an die Berliner Mauer. Dabei wies er auf die Problematik hin, dass die Mauer unmittelbar nach dem Fall stark geschliffen wurde. Materielle Teile der Mauer und Erinnerungen wurden vielerorts nur von Einzelpersonen oder Kleingruppen erhalten. Sie zeigen sich heute entlang der ehemaligen Grenze in Form von Museen, Wachtürmen, Rekonstruktionen des Grenzstreifens und Dokumentationszentren. Dabei zeigte Prof. Klausmeier an verschiedenen Beispielen, wie wichtig einzelne Menschen und kleine Gruppen sind, um Erinnerungen authentisch zu kommunizieren. Entsprechend kritisch wurde in der Diskussion auf große Kunstdenkmäler hingewiesen.

Péter Eötvös schilderte in seinem anschließenden Referat die ungarische Perspektive. In einer begrifflichen Reflexion verband er Erinnerung vor allem mit Subjektivität. Kultur stünde in einem weiteren Schritt für Denken. Darauf aufbauend zeigte Eötvös, dass während des Kommunismus moralische Werte, die das Denken orientieren sollen, durch Manipulation verkümmert seien. Daher dominierten wenige unterschiedliche Narrative. Diese Geschichten machen eine Aufarbeitung ebenso notwendig, wie das heute weit verbreitete Unwissen junger Menschen. In der anschließenden Diskussion kam es vor allem zu einem Erfahrungsaustausch. Es wurde deutlich gemacht, dass die breite Bevölkerungsbeteiligung während der Wende in der DDR sehr wesentlich dazu beitrug, Erinnerungsinitiativen hervorzuheben. In Ungarn gab es keine ähnlichen Freiheitsdemonstrationen mit einer Forderung nach Akteneinsicht. Nicht zuletzt daher erklärt sich, dass diese bisher nicht genauso offen eingesehen werden können.

Im letzten Referat legte Prof. Dr. Wilke den Schwerpunkt auf endogene und exogene Faktoren der Wende in Deutschland. Er machte den internationalen Stellenwert der Bundesrepublik als einen bedeutenden exogenen Faktor deutlich. Als endogenen Faktor sah er vor allem die Spaltung der DDR-Bevölkerung. Auf der einen Seite standen Einigungsanhänger, auf der anderen Seite Anhänger einer eigenständigen DDR-Entwicklung. Alle erwähnten Gruppen beschritten 1990 eigene Wege. Sowohl die Regierung der BRD als auch die Bevölkerung der DDR hatten in Bezug auf die Aufarbeitung großes Interesse an den Akten des Staatssicherheitsdienstes der DDR (Stasi). Nach dem Sturm der Archive folgte eine rechtliche Regelung für die Aufarbeitung der Akten. Die beiden vom Bundestag für die Aufarbeitung gegründeten Enquete-Kommissionen „Zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (1992-94 und 1994-98) sollte diese kontinuierliche Aufarbeitung sicherstellen. In der Diskussion wurde das Agieren der USA als ein weiterer exogener Faktor deutlich. Zusätzlich wurde darauf hingewiesen, dass die DDR-Außenpolitik dieser Zeit noch zu wenig erforscht sei.

Panel vier thematisierte „Politik und Erinnerungskultur“. Das Eröffnungsreferat hielt Roland Jahn, Bundesbeauftragter für Stasi-Unterlagen. Darin zeigte er im ersten Teil anhand seiner eigenen Erfahrungen mit der DDR ein Lebensumfeld zwischen Anpassung und Widerspruch auf. Er berichtete über das Mitsingen bei den Thälmannpionieren und das Mitlaufen bei der „Freien Deutschen Jugend“. Er teilte seine Erfahrungen aus dem Zeitraum, als er gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann protestierte und daraufhin von der Universität exmatrikuliert wurde. Willkür und Angst dominierten die Entscheidungen, auch die zum Protest. Aber „Freiheit muss man sich nehmen!“ Jahn wurde nicht müde, dies zu betonen. Er nahm sie sich auch, als er 1982 Solidarität mit dem polnischen Volk zeigte und für Frieden demonstrierte. Die Folge war seine Ausbürgerung aus der DDR. Dabei unterstrich er, dass es wichtig zu wissen sei, wie Diktatur funktioniere. Weiterhin erklärte er die Funktionen und Möglichkeiten der Bundesbehörde zur Aufarbeitung der Stasi-Akten und hob hervor: „Je besser wir Diktatur begreifen, umso besser können wir Demokratie gestalten.“

Im Anschluss daran griff Dr. März als Moderator des Panels Roland Jahns persönliche Erinnerungen und seine Schlussworte auf. In einem kurzen Vergleich skizzierte er die Verwendung eines deterministischen Geschichtsbilds als legitimierendes Mittel von Diktaturen. Im Unterschied dazu sei es in der Demokratie möglich und wichtig, vermeintlich geschlossene Erzählungen im Diskurs zu hinterfragen. Dr. März betonte, dass die Reflexion der Erzählungen daher sehr bedeutend sei und wandte sich mit der Frage nach den eigenen individuellen Erfahrungen von Diktatur und der wissenschaftlichen Betrachtung dieser Erlebnisse an Prof. Dr. Attila Horváth und PD Dr. Csaba Szabó.

Diese schilderten dann beide umfassend ihre Erfahrungen über die Strukturierung der Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur Ungarns. PD Dr. Csaba Szabó begann seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die Subjektivität und Mehrdeutigkeit von Gedächtnis und Erinnerung. Um diese Schwierigkeit der Geschichte auszugleichen, verwies er auf die Wichtigkeit der authentischen Dokumente, die der Öffentlichkeit zugänglich sein sollten. Im Detail wies er allerdings daraufhin, dass in Ungarn bisher nur Dokumente politischer Organe einsehbar sind. Jedoch seien die Akten der Államvédelmi Hatóság (ÁVH) nur für die unteren Ebenen und somit nicht ausreichend zugänglich. Dr. Szabó verband dies ebenso

mit einem Verweis darauf, dass es nicht genügen darf, auf der Ebene Inoffizieller Mitarbeiter, sogenannter „Spitzel“, zu verbleiben.

Prof. Dr. Attila Horváth wies in seinen eigenen Erinnerungen auf die Relativität von Geschichtsschreibung hin und ging auf das Beispiel der Revolution von 1956 ein, die von offizieller kommunistischer Seite als „Konterrevolution“ bezeichnet wurde, was seine Eltern ihm anders beibrachten. Analog hob er die Bedeutung von Radio Free Europe hervor und schloss sich PD Dr. Csaba Szabó darin an, dass bei der Aufarbeitung nicht ausschließlich die unterste Ebene der ÁVH betrachtet werden darf. Gleichfalls betonte er die umfassenden Quellenstudien, um auch Fälschungen und Manipulationen aufdecken zu können. Er schloss damit, dass die Verantwortung zur Aufarbeitung für die Zukunft der Gesellschaft sehr groß sei.

Roland Jahn unterstützte darauf nochmal, dass die umfassende quellenkritische Analyse zentral sei. In Bezug auf Inoffizielle Mitarbeiter machte er außerdem deutlich, dass es hierbei nicht um eine Vorverurteilung gehen darf und die entsprechenden Personen sich ihrer eigenen Verantwortung bewusst sein müssten. Schlussendlich ging er noch auf soziale und polizeiliche Sicherheit ein, die in der Diktatur scheinbar besonders groß gewesen seien und mahnte an, dass hier nicht vergessen werden dürfe, dass diese vermeintliche Sicherheit auf Kosten der Menschenrechte ging, deren Bedeutung als letzter Maßstab Jahn abschließend betonte.

Im Anschluss konnte das Publikum Fragen stellen. Seine Exzellenz der deutsche Botschafter Dr. Matei I. Hoffmann nutzte die Gelegenheit, um sich beim Panel danach zu erkundigen, ob die heftige politische Tagesauseinandersetzung in Ungarn vor allem an einer fehlenden Gesamtkontextöffnung liege. Das gesamte Panel plädierte in seinen Antworten für eine vollständige Aktenöffnung. Allerdings wurde auch auf Konrad Adenauer verwiesen: „Man kann schmutziges Wasser nicht wegschütten, solange man kein sauberes hat“.

Fazit: Die Konferenz hat es rückblickend vermocht, einen deutsch-ungarischen Erfahrungsaustausch zu entwickeln. Auf eine theoretische Grundlegung zielten die Vorträge von Hendrik Hansen und Krisztián Ungaváry: Hansen legte die Bedeutung und die Möglichkeiten eines Ideologievergleiches dar und schuf somit die theoretische Grundlage für die Konferenz; Ungaváry hinterfragte an konkreten ungarischen Beispielen die Täter-Opfer-Dichotomie. Der Erfahrungsaustausch zu Beispielen aus der Praxis wurde von Prof. Dr. Veen begonnen, der sehr systematisch Defizite der institutionellen Erinnerung an die DDR darlegte. Allerdings relativieren die politische Einordnung von DDR-Erinnerungen (Winfried Schulz) und die fehlende diachrone Betrachtung die dargelegten Ergebnisse. Dr. März präsentierte die Thematisierung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland sehr ausführlich. Er sprach mit dem „Gedenkwettbewerb“ und dem Partikularismus von Opfern Grundprobleme der Gedenkpolitik an. Im Referat von Prof. Dr. Klausmeier wurde sehr deutlich, wie wichtig einzelne Menschen und Kleingruppen bei Erinnerungsprozessen sind, bevor politische Akteure diese Prozesse institutionalisieren und authentische Orte der Erinnerung schaffen können. Péter Eötvös betonte, wie schwierig die Thematisierung von Geschichte und Erinnerungen in den Massenmedien sein kann und wies auf die Gefahr der Manipulationen von Gedächtnisinhalten hin. Prof. Dr. Wilke stellte mit seiner Darstellung der endogenen und exogenen Faktoren abschließend die Forschungslücke der auswärtigen Beziehun-

gen der DDR zur Wendezeit heraus, die es zu schließen gelte. Roland Jahn wiederum verband seine eigenen Erinnerungen und die Notwendigkeit von Aufarbeitung nachdrücklich mit der Sicherung der Demokratie. Prof. Dr. Attila Horváth und PD Dr. Csaba Szabó schlossen sich in den wesentlichen Punkten Roland Jahn an, worauf ein eher zurückhaltendes aber inhaltlich interessantes Podiumsgespräch entstand. Insgesamt zeigte die Tagung die Notwendigkeit, einen europäischen Dialog über die totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zu fördern, denn die Geister der Vergangenheit prägen noch heute das Rechts-, Freiheits- und Demokratieverständnis der europäischen Gesellschaften.